

Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 12.05.2015

Einwände gegen die Tagesordnung

Johannes Bernhard erkundigt sich, warum die Angelegenheit „Stützmauer am Rathaus Hof; Weitere Vorgehensweise“ auf der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung steht. Er ist der Meinung das Thema sollte öffentlich beraten werden.

Bürgermeister Fuchs antwortet, dass die Angelegenheit zunächst nichtöffentlich beraten werden soll, anschließend wird darüber öffentlich informiert.

1. Genehmigung der Niederschriften der öffentlichen Sitzung vom 14.04.2015 und Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 13.04.2015

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.04.2015 wird in einigen Punkten geändert bzw. ergänzt und anschließend genehmigt.

Abstimmung: 15 : 0

In der Niederschrift der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 13.04.2015 wird eine Protokollergänzung vorgenommen.

Im Übrigen werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmung: 15 : 0

2. Caritas Sozialstation St. Stephanus e.V.; Stärkung der sozialen Zusammenarbeit in Glattbach - Vortrag

Es wird Bezug genommen auf die Gemeinderatssitzung vom 10.03.2015.

Der erste Vorsitzende der Sozialstation St. Stephanus e.V., Hösbach, Herr Gerhard Zang, ist anwesend und berichtet dem Gemeinderat.

Herr Zang informiert über Aspekte zur Stärkung der sozialen Zusammenarbeit und der Seniorenbetreuung in Glattbach.

Die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfseinrichtungen und Anlaufstellen in Glattbach sollen dabei in den Mittelpunkt gestellt werden, denn Senioren, Kranke und sozial-schwache Menschen benötigen in den verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens Hilfe und Unterstützung.

Die vorhandenen Hilfseinrichtungen sollen enger zusammenarbeiten, sich vernetzen und ergänzen.

Herr Zang teilt mit, dass die Anzahl von hilfebedürftigen Menschen immer mehr zunimmt. Jüngere Menschen sind nur noch selten bereit, sich sozial bzw. ehrenamtlich in Vereinen zu engagieren. Die Betreuungsfälle werden aufgrund von sozialen Fakten immer komplexer (Scheidung, Sucht, Verarmung...) und verlangen nach einem Fallmanager. Die Kommunen sind z. T. jetzt schon bei „Sozialfällen“ personell und finanziell überlastet. Die derzeit aktiven ehrenamtlichen Helfer in den Gemeinden werden auf absehbare Zeit ohne „Nachwuchs“ die vielfältigen Aufgaben nicht mehr leisten können. Unnötiges Konkurrenzdenken zwischen den Hilfseinrichtungen erschwert die Effizienz. Die staatlichen Unterstützungsleistungen der Pflegekassen und Krankenkassen nehmen zwar zu, die Inanspruchnahme entfällt oft wegen der enormen Komplexität der Materie.

Weiter schämen sich Senioren oft, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ämter z. B. für Beantragung von Grundsicherung geben den Bedürftigen oft das Gefühl Schmarotzer zu sein. Hilfe von außen anzunehmen wird oft verheimlicht. Kostenlose Hilfen werden von manchen Senioren oft missbraucht. Mit dem Thema „Pflege“ beschäftigt man sich in der Regel erst dann, wenn man selbst davon betroffen ist.

Viele Fakten sind dem Gemeinderat bereits bekannt und wurden im Rahmen der Veranstaltungen der „Sozialen Mitte“ bereits diskutiert.

Jede Gemeinde benötigt eine spezifische Lösung. Die Kommunen und Kirchen können die sozialen Aufgaben der Zukunft nicht alleine stemmen und brauchen viele Ehrenamtliche. Ehrenamtliche kann man nur gewinnen, wenn die Aufgaben interessant sind, die Mitstreiter motiviert und sich einig sind, die Mitarbeiter Anerkennung erfahren und persönlich angesprochen werden. Für viele Bürgerinnen und Bürger wird es in Zukunft schwierig werden, bezahlbare/beheizbare Wohnungen im Alter zu finden. Die demografische Entwicklung, die Zerstreung/räumliche Trennung der Familien, der Trend zu Alleinerziehenden etc. werden sich nicht umkehren, wodurch soziale Brennpunkte entstehen.

Folgende möglichen Perspektiven für Glattbach in den Jahren 2015 und 2016 werden aufgeführt:

- Koordination verschiedener Hilfsangebote und verstärkte Werbung um jüngeren Nachwuchs.
- Verstärkte Anbietung von Informationsveranstaltungen für Senioren (Patientenverfügung, Umgang mit Demenz,...).
- Entwicklung der einzelnen Angebote Schritt für Schritt durch das Projekt Soziale Mitte zusammen mit Partnern.
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen religiösen Gruppierungen, Vereine und freien Aktionisten durch den Sozialbotschafter der Caritas in Glattbach.
- Koordination und Anbietung von sog. „niederschweligen“, von den Pflegekassen finanzierten Angeboten durch die Caritas zusammen mit der Nachbarschaftshilfe.

Mögliche Perspektiven für Glattbach im Jahr 2017 und später könnten sein:

- Verstärkte Anbietung von Veranstaltungen für Senioren (Filme, Kurse, Spiele, Ausflüge...).
- Unterstützung der Initiative durch die „Fachstelle für Pflegende Angehörige“ der Franz Göhler Stiftung.

- Wöchentliches Angebot eines Entlastungstages für pflegende Angehörige (als niederschwelliges Angebot) durch die Caritas Sozialstation St. Stephanus zusammen mit einem Team von Ehrenamtlichen im „Mehrgenerationenhaus“ oder im Pfarrhaus.
- Konkretisierung der Planungen für alternative Wohnformen in Glattbach.

Mögliche Perspektiven für Glattbach im Jahr 2020:

- Das „Mehrgenerationenhaus“ ist zu einem beliebten Ziel der Glattbacher geworden.
- Die erste Senioren WG ist entstanden (Träger ist ein Verein, Betreiber einer Pflegeeinrichtung).
- Weitere alternative Wohnformen für Glattbach entstehen für ältere Alleinstehende.

Am Ende des Vortrags fasst Herr Zang noch einmal kurz das Ergebnis seines Vortrags zusammen:

Die Gesellschaft leidet. Sie leidet unter Geldmangel und unter dem Mangel an Ehrenamtlichen, an Jugendlichen, die bereit sind, sich in Vereinen und Initiativen zu engagieren. Da ist guter Rat teuer. Dagegen wirken kann man am besten, in dem sich alle zusammen tun, sich der Herausforderung und der neuen Aufgaben stellen, ihre Fähigkeiten entdecken und diese einsetzen.

Der Vortrag dient heute zur Information. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

3. Soziale Mitte Glattbach;

**Antrag auf Übernahme der Kosten für Versicherung (Haftpflicht und Kasko) und Kfz-Steuer durch die Gemeinde Glattbach sowie
Antrag auf Gewährung eines Stellplatzes auf einem Gemeindegrundstück**

Mit Schreiben vom 21.04.2015 wird von der Sozialen Mitte Glattbach die Übernahme der Kosten für Versicherung (Haftpflicht und Kasko 1.650 €/Jahr) und Kfz-Steuer (417 €/Jahr) sowie die Gewährung eines Stellplatzes auf einem Gemeindegrundstück (z. B. Rathaushof) für den Dorfbus beantragt.

Der Antrag wird von Kurt Baier, als Mitglied der Sozialen Mitte Glattbach, in der Sitzung kurz erläutert.

Voraussichtlich im Juni 2015 wird der Glattbacher Dorfbus an die Soziale Mitte Glattbach ausgeliefert und anschließend in der Gemeinde für vielfältige soziale Zwecke, vor allem bei den Glattbacher Vereinen und auch bei den Senioren, eingesetzt werden.

Angedacht sind die Anbietung von Fahrdiensten für Senioren (Einkaufen, Fahrten zu Arzt/Apotheke, Friedhof) sowie das Fahrzeug Selbstnutzern zur Verfügung zu stellen (Fahrten von Vereinen zu Turnieren etc.).

Die Anschaffung wurde innerhalb kürzester Zeit möglich, durch die große Spendenbereitschaft der Glattbacher Bürger und Firmen.

Die gesamte bisherige „Dorfbus“-Aktion und auch die zukünftige notwendige administrative und organisatorische Arbeit für den Betrieb des Busses wurde und wird durch die Soziale Mitte Glattbach geleistet.

Eberhard Lorenz weist darauf hin, dass es bereits in der Vergangenheit ein ähnliches Projekt der Nachbarschaftshilfe gab, bei dem ein Fahrzeug angeschafft und über Spenden finanziert wurde. Seiner Meinung nach wurden damals die Versicherungs- und Steuerzahlungen aus Spendengeldern finanziert.

Auch bei dem neuen Dorfbus sollen die Versicherungsbeiträge und die Kfz-Steuer zunächst aus Spendengeldern beglichen werden. Falls sich abzeichnet, dass die Gelder nicht ausreichen, soll die Gemeinde die Zahlungen leisten.

Auch Anneliese Euler schließt sich dieser Meinung an.

Johannes Bernhard äußert, dass das Projekt für positive Impulse im Ort sorgt und auch im Interesse der Gemeinde ist. Somit sollte der Gemeinderat dem Antrag auf Kostenübernahme zustimmen, zumindest für mind. ein Jahr. Anschließend soll die Soziale Mitte Glattbach der Gemeinde eine Rückmeldung geben, u. a. hinsichtlich der finanziellen Situation.

Bürgermeister Fuchs erklärt, dass sich die Gemeinde Glattbach beteiligen sollte, in dem sie die Kosten für die Versicherung und Kfz-Steuer übernimmt.

Nach Aussage von Kurt Baier wird eine Rückmeldung an die Gemeinde vermutlich erst nach ca. zwei Jahren möglich sein. Wenn Gelder zur Verfügung stehen, wird die Öffentlichkeit darüber informiert. Alle Spendengelder werden selbstverständlich weiterhin für soziale Zwecke eingesetzt werden.

Auch Ursula Maidhof plädiert für eine Übernahme der Kosten durch die Gemeinde. Diese freiwillige Leistung der Gemeinde kommt letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute.

Der Übernahme der Kosten für Versicherung und Kfz-Steuer durch die Gemeinde, für zunächst zwei Jahre, wird zugestimmt.

Abstimmung: 14 : 2

4. SPD-Ortsverein und –Fraktion; Antrag auf Einstellung eines Sozialarbeiters

Es wird Bezug genommen auf die Gemeinderatsitzung vom 14.04.2015 in der der Tagesordnungspunkt vertagt wurde. Die Angelegenheit soll im Zuge der Haushaltsberatung beraten werden.

Mit Schreiben vom 10.03.2015 wird vom SPD-Ortsverein und –Fraktion die Einstellung eines Sozialarbeiters beantragt.

Von Anneliese Euler wird der Antrag verlesen und begründet.

In den Fraktionen des Gemeinderates Glattbach herrscht Einigkeit über die Notwendigkeit eines Bürgerzentrums. Über das Konzept eines solchen Bürgerzentrums ist indes noch nicht

diskutiert worden. Für die ebenfalls noch nicht gelöste Standortfrage ist ein solches Konzept bereits im Vorfeld der Entscheidung von großer Bedeutung, denn es muss die Vorgaben ermitteln, die an ein solches Haus gestellt werden. Auch der Finanzrahmen kann dadurch ermittelt werden.

Ein Gemeindezentrum muss verschiedene Interessen bedienen. Um diese zu präzisieren und zusammenzuführen und vor allem realistische Vorgaben zu erarbeiten, wäre die Einstellung eines Sozialarbeiters unerlässlich. Er sollte auch in der Lage sein, bei der Planung neue Wege aufzuzeigen, für die es evtl. Fördermöglichkeiten gibt.

Auch die vielen Baustellen, die sich im Zuge der Diskussion um Schule und Roncalli-Zentrum aufgetan haben, wie Jugendraum, Miniclub, Vereinsräume, Seniorenarbeit oder auch Nachmittagsbetreuung, könnten auf diese Weise unter neuen Aspekten betrachtet werden und dem Bürgerzentrum zu einem auf Glattbach zugeschnittenen Profil verhelfen.

Es wird darum gebeten, im Stellenplan 2015 zunächst eine 0,5 Stelle für einen Sozialarbeiter vorzusehen.

Eberhard Lorenz ergänzt, dass beispielsweise in der Nachbargemeinde Johannesburg eine Person zur Verfügung steht, die sich mit der komplexen Materie beschäftigt. Ein solcher Sozialarbeiter sei in Glattbach auch notwendig um Bedarfe in Erfahrung zu bringen und Wege aufzuzeigen. Um Glattbach auf lange Sicht voranzubringen sei die Einstellung eines Sozialarbeiters unbedingt notwendig. Es wird eine Person benötigt, die dem Gemeinderat behilflich zur Seite steht und Wege aufzeigt. Der gewünschte Fortschritt sei derzeit nicht ersichtlich.

Johannes Bernhard entgegnet, dass es richtig sei, dass Johannesburg eine beauftragte Person habe, dies aber ein glücklicher Zufall gewesen sei. Die aktuelle Situation in Glattbach sei sehr diffus. Die Hauptargumente im Hinblick zur Realisierung eines Bürgerzentrums sind diffuser als je zuvor.

Der Gemeinderat soll zunächst an einem Konzept arbeiten und anschließend bewerten, ob die Arbeiten ehrenamtlich durchgeführt werden können bzw. welche personelle Unterstützung notwendig ist. Die gesamte Verantwortung liegt bei der Gemeinde. Wenn Randbedingungen geklärt sind, soll sich der Gemeinderat wieder mit dem Thema Einstellung eines Sozialarbeiters beschäftigen. Aufgrund dessen sei der Antrag derzeit abzulehnen.

Kurt Baier ist der Meinung, dass das Voranbringen des Projekts Bürgerzentrum nicht in das Aufgabengebiet eines Sozialarbeiters fällt. Die Angelegenheit wird derzeit in verschiedenen Gremien diskutiert. Auch aus seiner Sicht sei der Antrag auf Einstellung eines Sozialarbeiters derzeit abzulehnen.

Der Antrag auf Einstellung eines Sozialarbeiters wird vom Gemeinderat abgelehnt.

Abstimmung: 2 : 14

5. Verabschiedung Haushalt 2015

a) Beratung

Der Haushaltsplan 2015 wurde vom Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss vorberaten. Der Stellenplan wurde in der Gemeinderatssitzung am 14.04.2015 beschlossen. Zum Haushaltsausgleich ist keine Kreditaufnahme notwendig.

Der Vorbericht wurde den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung übersandt.

Die einzelnen Fraktionen des Gemeinderats bedanken sich bei der Kämmerin und loben die sehr gute Vorbereitung hinsichtlich der Aufstellung des Haushaltsplans für 2015.

b) Erlass der Haushaltssatzung und Festsetzung des Haushaltsplans

Der Gemeinderat beschließt, die Haushaltssatzung zu erlassen und den Haushaltsplan mit den darin enthaltenen Ansätzen und Abschlusszahlen festzusetzen.

Die Haushaltssatzung wird nach dem Beschluss durch den Gemeinderat der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt. Einer Genehmigung hierfür bedarf es nicht, da keine Kreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2015 eingeplant ist.

Abstimmung: 16 : 0

c) Beschluss über den Stellenplan

Der Stellenplan sieht folgende Stellen vor:

1	Wahlbeamter
17,6	Arbeitsnehmer
4,9	Arbeitnehmer im Sozial- oder Erziehungsdienst
1	Auszubildende

Der Beschluss über den Stellenplan wurde bereits in der Gemeinderatssitzung am 14.04.2015 gefasst.

d) Beschluss über die mittelfristige Finanzplanung

Der mittelfristigen Finanzplanung wird zugestimmt.

Abstimmung: 16 : 0

Mit der nachträglichen Aufnahme des Tagesordnungspunkts 6 „Bauanträge“ besteht Einverständnis.

6. Bauantrag;

Da es sich um persönliche Einzelinteressen handelt, wird von einer Veröffentlichung abgesehen.

7. Bericht des Bürgermeisters

- Bachkanal Bommichring – Untersuchung Gewässer 3. Ordnung;
Vom Institut Dr. Nuss wurde in Zusammenarbeit mit dem Ing.-Büro Jung ein Angebot für eine Grundwasseruntersuchung vorgelegt. Die Parameter, welche im Angebot aufgelistet sind, können eine Aussage über die Beschaffenheit des Wassers sowie deren mögliche Belastung (durch z. B. Deponie) und deren Herkunft (Anzahl mögliche Mineralien und Bakterien) geben. Durch die Qualität des Wassers ist es dem Labor durch festgelegte Grenzwerte wahrscheinlich möglich, eine genauere Aussage über die Gewässerordnung zu geben. Drei Wasserproben werden hierzu an unterschiedlichen Stellen entnommen. Die genauen Stellen werden vor Ort vom Institut Dr. Nuss festgelegt.
Die Arbeiten wurden bereits beauftragt. Die Untersuchung findet statt am 19.05.2015
- Die Verkehrszeichen für die angeordneten Haltverbote im Ortsbereich wurden vom Bauhof aufgestellt.
- Die Hundeverbotsschilder an den Friedhofseingängen wurden angebracht.
- Straßenverkehrsrechtliche Anordnung an die Fa. Oebotec – Baumaßnahme im Auftrag der Kabel Deutschland GmbH;
Verlegung von Kabel im Spülverfahren im Bereich Weihergrund Hs. Nr. 35 bis zur Staatsstraße (alle 30 m Aufgrabung im Grünstreifen bzw. Gehwegbereich – keine Beeinträchtigung für REWE-Markt bzw. Verkehr)
- Anfrage aus der letzten Gemeinderatssitzung:
 - Anfrage von Johannes Bernhard und Michael Metzger bezüglich Gefahrenstelle am Anschluss-Übergang Radweg an der Ortsverbindungsstraße auf Aschaffenburg Seite; Am 11.05.2015 fand ein Ortstermin mit der Stadt Aschaffenburg statt. Es wird nochmals einen Termin geben und anschließend entschieden, wie weiter verfahren wird (evtl. Aufbringung einer Fahrbahnmarkierung/Anbringung von Schildern)
- Information über einen stattgefundenen Vortrag zum Thema Enkeltrick, organisiert von dem Seniorenbeauftragten Walter Krämer und der Polizei Aschaffenburg, am 22.04.2015 im Rathaus. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg.
- Termine:
 - Do., 19.05.2015, 20 Uhr nichtöffentliche Sondersitzung des Gemeinderats zum Thema Realisierung eines Bürgerzentrums
 - 17.05.2015, 10 Uhr – Krippenmuseum - Einweihung Iglau-Krippe
 - 09.06.2015, 20 Uhr Gemeinderatssitzung

Anfragen und Hinweise von Gemeinderatsmitgliedern

Anneliese Euler bittet um Überprüfung, ob die Bäume auf dem REWE Parkplatz als Festsetzung im Bebauungsplan enthalten sind, da diese entfernt wurden. Ebenso bittet Sie um Prüfung ob die im Bebauungsplan festgesetzte Bauverbotszone in der gesamten Straße Weitzkauf als Grünstreifen eingehalten wurde. Bürgermeister Fuchs sichert eine Prüfung zu.

Jürgen Kunsmann weist darauf hin, dass auf dem Waldspielplatz im Borngrund Rindenmulch als Fallschutz an der Seilbahn aufgefüllt werden müsste.

Desweiteren weist er darauf hin, dass seit einiger Zeit ein Fahrzeug in der Straße Weihergrund bergaufwärts auf Höhe der Hs. Nr. 16 abgestellt wird. Er bittet diesbezüglich um Prüfung, ob dort das Parken zulässig und auch die notwendige Restfahrbahnbreite gegeben ist, da sich gegenüber Parkplätze befinden. Bürgermeister Fuchs sichert eine Prüfung zu.

Heribert Schuck gibt die Einladung der Bürger Glattbachs bezüglich Glattbacher Kerb vom 30.05.-01.06.2015 weiter.

Anfragen und Hinweise von Bürgern

Ein Bürger möchte wissen, warum im Bereich Hauptstraße 114 bis zur Einmündung in die Schulstraße ein absolutes Haltverbot angeordnet wurde. Weiter weist er auf ein Schreiben hin, welches er an die Gemeindeverwaltung gerichtet hat und erkundigt sich, wann dieses im Gemeinderat behandelt wird.

Bürgermeister Fuchs antwortet, dass im vorgenannten Bereich ein eingeschränktes Haltverbot angeordnet wurde. Ob an dieser Stelle ein dauerhaftes Haltverbot angeordnet wird, entscheidet der Gemeinderat in der nächsten Sitzung, ebenso wird in diesem Zuge auch das eingegangene Schreiben behandelt.

Die vorstehend veröffentlichte Niederschrift hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit Tagesordnungspunkte persönliche Einzelinteressen betreffen, wird nur kurz das Beschlussergebnis bekannt gegeben oder von einer Veröffentlichung abgesehen.